

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Kamionka

Datum:
11.01.2024

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Versiegelungsmonitoring" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.01.2024, eingegangen am 11.01.2024)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	30.01.2024	Verwaltungsausschuss
Ö	01.02.2024	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

Sh. Antrag "Versiegelungsmonitoring" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.01.2024, eingegangen am 11.01.2024)

Beschlussvorschlag:

Sh. Antrag "Versiegelungsmonitoring" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.01.2024, eingegangen am 11.01.2024)

Anlagen:

Antrag "Versiegelungsmonitoring" (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.01.2024, eingegangen am 11.01.2024)

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:



Bündnis 90/Die Grünen Stadtratsfraktion – Schröderstr. 16 – 21335 Lüneburg

Oberbürgermeisterin
der Hansestadt Lüneburg
Frau Kalisch
- Rathaus -
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

Stadtratsfraktion Lüneburg

**Ratsmitglied
Katja Raiher**

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Schröderstr. 16 (Hof)
21335 Lüneburg
mail@gruene-lueneburg.de

11.01.2024

Antrag zur Sitzung des Rates am 01. Februar 2024

Versiegelungsmonitoring

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellt für die Sitzung des Rates am 01.02.2024 den folgenden Antrag:

- Über das Jahr hinweg wird sowohl die Versiegelung als auch die Entsiegelung von Flächen erfasst. Einmal pro Jahr wird eine Versiegelungsbilanz der Flächen im Umweltausschuss vorgestellt.

Begründung:

Die Verwaltung sorgt kontinuierlich dafür, dass Flächen entsiegelt werden, zum Beispiel über das KluG-Programm. Gleichzeitig werden Flächen versiegelt, zum Beispiel für Verkehrsflächen. Eine gesonderte Kategorie stellen dabei Baugebiete dar, da verpflichtende Ausgleichsflächen nur selten über eine 1:1 Entsiegelung umgesetzt werden.

In Zeiten von Klimakrise und Artensterben können durch ein niedrighwelliges Monitoring der Flächenversiegelung und eine jährliche Bilanzierung Defizite erkannt und planerische Konsequenzen für Klimaanpassungsmaßnahmen, beispielsweise für die Bauleitplanung, gezogen werden. Das Monitoring konkretisiert und verbessert die obligate Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne nach § 4c BauGB. Die für das Monitoring erhobenen Daten können Bestandteil des ab 2026 gesetzlich vorgesehenen Entsiegelungskatasters werden.

Der Aufwand für ein Monitoring der Ver- und Entsiegelung ist durch das kontinuierliche Protokollieren gering. Es gibt keinen Bedarf für neue Personalstellen. Es entstehen keine neuen Kosten.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Rat der Hansestadt Lüneburg

K. Raiher

Katja Raiher

01 Ratsbüro

über Frau Oberbürgermeisterin Kalisch

Stellungnahme zum Antrag „Versiegelungsmonitoring“ der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.01.2024 zur Sitzung des Rates am 01.02.2024

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellt für die Sitzung des Rates am 01.02.2024 den folgenden Antrag:

- Über das Jahr hinweg wird sowohl die Versiegelung als auch die Entsiegelung von Flächen erfasst. Einmal pro Jahr wird eine Versiegelungsbilanz der Flächen im Umweltausschuss vorgestellt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu den stadt eigenen Verkehrs- und Grünflächen liegen flächendeckend Daten zu ihrer Versiegelung vor, die verwaltungsintern erhoben wurden und fortgeschrieben werden.

Dies gilt nicht für die weit überwiegenden privaten Flächen im sonstigen Stadtgebiet. Eine systematische und detaillierte Erfassung aller Flächen hat, aufgrund des damit verbundenen erheblichen Zeitaufwandes, bisher noch nicht stattgefunden.

Zu den öffentlichen Flächen dokumentiert der Fachbereich Tiefbau und Grün tabellarisch bereits seit 2022 Ver- und Entsiegelungsmaßnahmen im Bereich von Radwege- und Straßenbaumaßnahmen sowie von kleineren Entsiegelungsmaßnahmen im Rahmen von Klima und Grün-Projekten (KluG), die im öffentlichen Raum umgesetzt werden.

Eine Vorstellung dieser Versiegelungsbilanz könnte im Frühjahr eines Jahres, bezogen auf das vorherige Jahr, im Ausschuss für Umwelt, Klima, Grünflächen und Forsten erfolgen.

Für alle weiteren Flächen im Stadtgebiet wird ab 2025 durch das LGLN in Zusammenarbeit mit dem LBEG im Auftrage des Nds. Min. f. Umwelt, Energie und Klimaschutz den Kommunen eine Software für das Entsiegelungskataster, basierend auf Daten des Landkreises, zur

Verfügung gestellt werden. Die Software wird den Status quo sowie Potentialflächen für eine mögliche Entsiegelung enthalten.

Die Richtigkeit der bereitgestellten Daten ist durch die Kommune zu prüfen und gegebenenfalls zu ergänzen. Damit wird die Anforderung an die Gemeinden aus dem § 19 NKlimaG, Potentialflächen bis Ende 2026 zu erfassen und fortlaufend zu ergänzen, erfüllt.

Gundermann

Kosten für die Erarbeitung der Stellungnahme: 305,00 € (4 Stunden).